

## WIRTSCHAFTSCHRONIK

### II. QUARTAL 1998

*Die internationale Wirtschaftspolitik analysiert die Asienkrise und ihre weiteren Auswirkungen. Vor allem Sicherheit und Transparenz des Finanzsystems müssen verbessert werden, um künftig Krisen dieses Ausmaßes zu vermeiden. So droht eine Wirtschaftskrise in Rußland, die durch ein national erarbeitetes Reformpaket verhindert werden soll. – Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder bestätigen die Teilnahme von 11 EU-Ländern an der Wirtschafts- und Währungsunion. Mit der Gründung der Europäischen Zentralbank sind alle Voraussetzungen zur Einführung des Euro geschaffen.*

**24. April:** Die japanische Regierung verabschiedet ein Impulspaket im Umfang von 16,65 Bill. Yen, welches dem Konjunkturabschwung gegensteuern soll. Es sieht eine Senkung der Einkommensteuer um insgesamt 2 Bill. Yen vor, durch die der Konsum der privaten Haushalte (besonders von Familien und Kleinkindern) 1998 und 1999 angekurbelt werden soll. Weiters fließen 12,3 Bill. Yen zusätzlich in Infrastruktur, Wohnbauförderung, Umweltschutz, Erziehung und Grundlagenforschung. Das Paket widerspricht einem erst Ende 1997 verabschiedeten Gesetz zur Eindämmung des Haushaltsdefizits.

### AUSLAND

**1. Mai:** In Genf findet die Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) statt. Unter dem Eindruck der Asienkrise wird die künftige Rolle der Bank als Entwicklungsbank oder als Institution des Krisenmanagements diskutiert.

**1.–3. Mai:** Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder bestätigen den Teilnehmerkreis der Europäischen Währungsunion: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien. Trotz des Widerstands von Frankreich werden William F. Duisenberg als Präsident der Europäischen Zentralbank, Christian Noyer als Vizepräsident sowie die Direktoriumsmitglieder Eugenio Domingo Solans, Sirkka Hämäläinen, Otmar Issing und Tommaso Padoa-Schioppa bestätigt. Als bilaterale Zielwechselkurse zwischen den 11 Währungen werden die bilateralen Leitkurse des EWS genannt.

**7. Mai:** In Dänemark wird per Gesetz ein seit 1½ Wochen andauernder landesweiter Streik beendet. Die Forderung nach einer sechsten bezahlten Urlaubswoche wird nicht erfüllt.

Abgeschlossen am 30. Juni 1998.

**10. Mai:** Die Finanzminister der G-7-Staaten treffen in London zur Vorbereitung für die G-8-Konferenz Mitte Mai zusammen. Aus Anlaß der Asienkrise werden Vorschläge zur Förderung der Sicherheit, Transparenz und Offenheit eines globalen Finanzsystems erarbeitet. Dies soll vor allem erreicht werden durch eine verbesserte Datentransparenz, mehr Hilfestellung an einzelne Länder bei der Integration in ein globales Wirtschaftsgefüge mit freien Kapitalströmen, die Stärkung nationaler Finanzsysteme, mehr Eigenverantwortung des privaten Sektors bei der Kreditvergabe sowie eine Stärkung der Rolle der internationalen Finanzinstitutionen wie des IMF und der Weltbank.

**11. Mai:** Die siebente Jahrestagung der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) findet in Kiew statt. Zur Frage der „Graduation“, der schrittweisen Reduktion des Engagements der Bank in „fortgeschrittenen Transformationsländern“, gehen die Meinungen auseinander. Nach Ansicht der USA und Deutschlands sollte die Bank Transformationsländer im frühen bzw. mittleren Reformstadium unterstützen; entgegen dieser Auffassung möchte die EU die osteuropäischen Beitrittskandidaten unterstützt sehen.

**16.–17. Mai:** Die Regierungschefs der G-8-Staaten bekräftigen in Birmingham anläßlich ihres Gipfeltreffens die in der Vorwoche von den Finanzministern erarbeiteten Maßnahmen zur Stärkung des internationalen Finanzsystems. Ungenaue Daten einiger Zentralbanken könnten maßgeblich zum Ausbruch der Asienkrise beigetragen haben, daher fordern die Regierungschefs die Mitgliedsländer des IMF auf, künftig genauere Daten über Aktiva und Passiva des öffentlichen und privaten Sektors zu liefern. Dennoch sehen die G-8-Länder die Asienkrise als einen temporären Rückschlag in den betroffenen Ländern. Auf die Forderung nach einem Schuldenerlaß für Entwicklungsländer bis zum Jahr 2000 wird nicht eingegangen – die G 8 halten am Grundsatz fest, die Schuldenlast auf ein in Relation zu den Exporteinnahmen vertretbares Maß zu reduzieren. Die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität wird hervorgehoben. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betonen die G 8 die Bedeutung der Unterstützung junger Langzeitarbeitsloser und der Förderung von lebenslangem Lernen.

**18.–21. Mai:** Anläßlich des 50jährigen Bestehens der WTO findet in Genf ein Ministertreffen statt. Die 132 WTO-Mitgliedsländer verabschieden eine Ministererklärung über den grenzüberschreitenden Handel mit elektronischen Medien, die eine weitere Zollbefreiung des „Internethandels“ vorsieht. Die in der Uruguay-Runde eingegangenen Verpflichtungen sollen vor allem gegenüber den Entwicklungsländern besser erfüllt werden. Im kommenden Herbst tritt die neunte Welthandelsrunde in ihre Vorbereitungsphase.

**20. Mai:** Die französische Nationalversammlung verabschiedet das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche. Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern sollen bis zum Jahr 2000 die wöchentliche Arbeitszeit von derzeit 39 Stunden auf 35 Stunden reduzieren, Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeiter sollen die 35-Stunden-Woche bis 2002 einführen. Die Rahmenbedingungen dieser Arbeitszeitverkürzung müssen in einem weiteren Gesetz festgelegt werden, das bis Ende 1999 beschlossen werden soll.

**29. Mai:** 55,1% der dänischen Bevölkerung bekennen sich in einem Referendum zu den Amsterdamer Verträgen.

**4. Juni:** Der Euro-11-Rat, ein informelles Gremium der 11 Finanzminister der an der Währungsunion teilnehmenden Länder, konstituiert sich. Er soll jeweils am Vorabend der monatlichen Ratstagung zusammentreten, um Vorbereitungen für den Währungsausschuß zu treffen. Entsprechend der österreichischen Ratspräsidentschaft übernimmt Finanzminister Rudolf Edlinger den Vorsitz des Euro-11-Rates.

**8. Juni:** Die Generalversammlung der BIZ analysiert die Asienkrise und überlegt künftige Möglichkeiten der Krisenprävention. Die BIZ weist ausdrücklich darauf hin, daß weitere Rückschläge in Asien nicht auszuschließen sind. Die binnenwirtschaftlichen Ursachen der Krise in Asien sieht die BIZ in einem Übermaß des Kreditwachstums und der Ausweitung des Kapitalstocks, in der unzureichenden Aufsicht über das Bankensystem, den spekulativen Blasen auf den Vermögensmärkten und der zu starren Wechselkursbindung mancher asiatischer Länder. Die niedrigen Zinssätze in Japan waren Ursachen von beträchtlichen Kapitalabflüssen. Zur Verhinderung künftiger Krisen verlangt die BIZ eine wirksamere Bankenaufsicht sowie die Veröffentlichung angemessener Indikatoren, die eine Bedrohung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität rechtzeitig erkennen lassen.

**9. Juni:** Die erste Sitzung der Europäischen Zentralbank findet in Frankfurt statt. Die Bank wird mit einem Anfangskapital von 4 Mrd. Euro ausgestattet sein. Die Anteile der 11 an der Währungsunion teilnehmenden Länder richten sich nach der Bevölkerungszahl und dem BIP; sie sollen bis 1. Juli vollständig eingezahlt sein.

**15.–16. Juni:** Der Europäische Rat tagt in Cardiff. Er unterstreicht neuerlich die historische Tragweite des Entschlusses vom 3. Mai über die Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung. Die Analyse der 15 Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildet den Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Themen. Diese orientieren sich an 4 Säulen und 19 Leitlinien, aus dem sich folgende Schwerpunkte ergeben: Lebenslanges Lernen soll Qualifikation und An-

passungsfähigkeit der Arbeitskräfte sichern, die Chancengleichheit von Männern und Frauen soll durch familienfreundliche Arbeitsbedingungen gefördert werden. Weitere Ziele sind die Bekämpfung der Diskriminierung von Behinderten und ethnischen Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, neue Arbeitsorganisationen mit dem Ziel, Flexibilität und Arbeitsplatzsicherheit zu verbinden, die Überprüfung der Steuer- und Sozialleistungssysteme in Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Förderung des Wachstums kleiner Unternehmen. Hinweisen wird auch auf die Nutzung des Binnenmarktes als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie auf die Förderung von Unternehmergeist und Wettbewerbsfähigkeit.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Themen Finanz- und Strukturreform, der Ausbau der Union sowie die Verbesserung der Bürgernähe.

**16. Juni:** In Kroatien beginnt die zentrale Phase der Massenprivatisierung. 240.000 Kriegsoffer, Vertriebene oder verwundete Armeeingehörige erhalten Investitionspunkte, mit denen sie sich direkt oder über Fonds an der Versteigerung von Aktien im Nominalwert von 2 Mrd. \$ beteiligen können. Bis Ende 1998 soll nach zwei weiteren Auktionsrunden die Privatisierung abgeschlossen sein.

**18. Juni:** Die 86. Session der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht nach dreiwöchiger Beratung zu Ende. Die erste Runde der Verhandlungen über eine Konvention zur Abschaffung der Kinderarbeit wird abgeschlossen. Nach ILO-Schätzungen waren 1995 250 Mill. Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren erwerbstätig, davon übten 34% bis 68% eine gefährliche bzw. unwürdige Tätigkeit aus. Die ILO verabschiedet eine neue Erklärung über die Grundrechte von Arbeitskräften.

**23. Juni:** Anlässlich der jüngsten Finanzkrise in Rußland stellt Präsident Jelzin ein „Antikrisenprogramm“ vor. Dieses umfaßt Einsparungen im öffentlichen Haushalt von 40 Mrd. Rubel und Einnahmensteigerungen um 20 Mrd. Rubel. Die Regierung plant, 20% der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu entlassen. Der Präsident sieht die Notwendigkeit einer Reform des Steuerrechtes und erklärt die Absicht der Regierung, mit aller Härte gegen Unternehmen mit Steuerrückständen vorzugehen.

**24. Juni:** Aufgrund des Preisverfalls auf den internationalen Rohölmärkten beschließen die OPEC-Länder, die Förderobergrenzen mit 1. Juli um 1,355 Mill. Faß auf 24,875 Mill. Faß täglich zu reduzieren. Mexiko, die Russische Föderation und Oman, die als Beobachter an dieser Konferenz teilnehmen, verpflichten sich ihre täglichen Erdölförderungen um 500.000 Faß einzuschränken. Einschließlich der im April vereinbarten Einschränkung wurden die Fördermengen nun seit Jahresbeginn um 3,1 Mill. Faß gekürzt.

In Salzburg findet das World Economic Forum statt. Der Schweizer Außenminister bestätigt, daß der Schweizer Bundesrat Beitrittsverhandlungen mit der EU vorbereite.

## ÖSTERREICH

*Das wirtschaftspolitische Geschehen steht im II. Quartal 1998 im Zeichen der Währungsunion und der Ratspräsidentenschaft, die Österreich am 1. Juli übernimmt. Der Nationale Aktionsplan für Beschäftigung wird fertiggestellt und als vorbereitendes Dokument für das Gipfeltreffen in Cardiff der Kommission übermittelt. – Die für Wettbewerbsfragen zuständige Generaldirektion IV vermutet Preisabsprachen zwischen einigen österreichischen Banken und führt daher unangekündigte Nachprüfungen durch. – Der Bundesvoranschlag 1999 wird zu diesem frühen Zeitpunkt vom Nationalrat beschlossen, um die Phase der EU-Präsidentenschaft nicht mit diesem innenpolitischen Thema zu belasten.*

**20. April:** Die Bundesregierung sendet den für das Gipfeltreffen in Cardiff erarbeiteten nationalen Aktionsplan für Beschäftigung an die Europäische Kommission. Ziel des Planes ist die nachhaltige Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Maßnahmenkatalog soll innerhalb von 5 Jahren die Beschäftigtenzahl um 100.000 erhöhen und die Arbeitslosenquote auf 3,5% senken. Neben einer gemeinsamen Position der Sozialpartner zum Nationalen Aktionsplan sieht das Papier vier Säulen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage vor: Erhöhung der Vermittelbarkeit, Entwicklung des Unternehmergeistes, Förderung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Verbesserung der Chancengleichheit. Weitere Maßnahmen umfassen Technologieförderung, Exportförderung, Infrastrukturausbau, Betriebsansiedlungen sowie die Bekämpfung der Schatteneconomie.

**1. Mai:** Die Chemiearbeiter erhalten eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 2,8% und der Ist-Löhne um 2,2%. In der Sägeindustrie werden die Kollektivvertragslöhne um 2,1% und die Ist-Löhne um 1,7% angehoben, in der Bauindustrie steigen die Kollektivvertragslöhne um 2%.

**28. Mai:** Der Nationalrat beschließt den Bundesvoranschlag 1999. Er sieht Ausgaben von 767,656 Mrd. S (55,029 Mrd. Euro), Einnahmen von 697,510 Mrd. S (50,001 Mrd. Euro) und einen Abgang von 70,146 Mrd. S (5,028 Mrd. Euro) vor. Somit wird das

Budgetdefizit 2,6% des BIP und die Gesamtverschuldung 65% des BIP betragen. Schwerpunkte sind die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Familien und erhöhte Ausgaben für Sicherheit. So werden für die aktive Arbeitsmarktpolitik zusätzlich 1,5 Mrd. S, für eine Technologie- und Exportoffensive 1 Mrd. S veranschlagt. Das Unterrichtsressort erhält zusätzlich 3,2 Mrd. S, das Wissenschafts- und Forschungsressort 464 Mill. S. Das neue Familienförderpaket wird je zur Hälfte aus dem Budget und aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Für Kinderbetreuungseinrichtungen werden 600 Mill. S

zusätzlich zur Verfügung stehen, die von den Ländern verdoppelt werden sollen. Für die Ressorts innere und äußere Sicherheit sowie Justiz wurden zusätzlich 1,07 Mrd. S veranschlagt.

**24. Juni:** Die Generaldirektion für Wettbewerb (DG IV) der Europäischen Kommission führt unangekündigte Nachprüfungen bei österreichischen Banken durch. Davon erwartet sich die Kommission weitere Informationen darüber, ob anlässlich des regelmäßigen Treffens der Bankenvertreter („Lombard-Club“) Preisabsprachen getroffen werden.